

# Nachwort zur vierten Auflage

**von Oskar Lafontaine**

Wenn die Deutschen heute gefragt würden, in welchem Regierungssystem sie lebten, dann wäre die Antwort: »Wir leben in einer Demokratie« nicht mehr selbstverständlich. Viele würden vielleicht sagen: »Wir leben im Kapitalismus«, und nicht wenigen fiel beim Nachdenken darüber, wer bei uns eigentlich das Sagen hat, der Satz ein: »Geld regiert die Welt«.

Wie Luciano Canforas Buch zeigt, sind diese Antworten eher zutreffend. Canfora erinnert daran, dass der griechische Schriftsteller Thukydides den athenischen Staatsmann Perikles in seiner berühmten Totenrede sagen lässt: »Der Name, mit dem wir unsere politische Ordnung bezeichnen, heißt Demokratie, weil die Angelegenheiten nicht im Interesse weniger, sondern der Mehrheit gehandhabt werden.«

Konfrontieren wir die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2007 mit dieser einfachen Definition der Demokratie, dann kommen wir notwendigerweise zu dem Schluss, dass wir in einer parlamentarischen Demokratie leben, die dem entscheidenden Kriterium des Perikles für eine politische Ordnung, die Demokratie heißt, nicht gerecht wird. Nur notorische Schönredner können behaupten, bei uns würden die Angelegenheiten im Interesse der Mehrheit gehandhabt. Lohnkürzungen in der Gestalt von Arbeitszeitverlängerungen ohne zusätzliche Bezahlung, Rentenkürzungen, als Rente mit 67 beschönigt, und Sozialkürzungen, Umbau des Sozialstaates genannt, prägen die Entscheidungen der großen Mehrheit des Deutschen Bundestages. Und obwohl über dem Hauptportal des Reichstages in ehernen Lettern geschrieben steht »Dem Deutschen Volke«, glaubt das die Mehrheit der Deutschen nicht mehr. Bei einer Umfrage zur Jahreswende 2006/2007 sagten 82 Prozent der Befragten, auf die Interessen des Volkes werde keine Rücksicht genommen. Und im April des Jahres 2007 störten Jugendliche die besinnliche Ruhe einer Bundestagsdebat-

te, indem sie ein Transparent entrollten, auf dem geschrieben stand: »Der Deutschen Wirtschaft«. Wenn die Bevölkerung so über unsere Demokratie urteilt, dann ist es kein Wunder, dass die Mehrheit der Wahlberechtigten oft lieber zu Hause bleibt oder spazieren geht, statt zur Wahlurne zu gehen.

Das ist nichts Neues. Canfora weist darauf hin, dass im letzten Viertel des 5. Jahrhunderts vor Christus in Athen von 30.000 wahlberechtigten Männern im wehrfähigen Alter so gut wie nie die Anwesenheit von 5.000 Bürgern bei einer Versammlung erreicht wurde. Diese hohe Wahlenthaltung veranlasste die Athener, ein Unterstützungsgeld zu zahlen, um den Besitzlosen die Teilnahme an der Volksversammlung schmackhaft zu machen. Keine schlechte Idee, möchte man meinen. Die Vorstellung, wie bei uns die Wahlen ausgingen, wenn den sozial Schwachen eine Prämie für die Wahlbeteiligung gezahlt würde, ist reizvoll. Aber sicher, welches Ergebnis dabei herauskäme, kann man nicht sein, weil diejenigen, die sagen: »Die da oben machen ja doch, was sie wollen«, sich rätselhaft verhalten. Bei der letzten Bundestagswahl z.B. wählten 90 Prozent der Rentnerinnen und Rentner Rentenkürzungsparteien. 90 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Lohnkürzungsparteien, und bei den Empfängern sozialer Leistungen, die zur Wahl gingen, hatten die Hartz IV-Parteien ebenfalls die Mehrheit.

Luciano Canfora zitiert Jean-Jacques Rousseau, der im dritten Buch seines Gesellschaftsvertrages von 1762 schreibt: »Das englische Volk hält sich für frei. Es irrt gewaltig. Es ist nur frei während der Wahl der Mitglieder des Parlamentes. Sobald diese gewählt sind, wird das Volk zum Sklaven und ist nichts.« Rousseau geißelt die Veränderung der gewählten Vertreter zu einer politischen Kaste, unabhängig davon, welcher politischen Partei sie angehören. Er beklagt ihr grundsätzliches Abgehobensein von den Interessen derjenigen, die sie zu ihren Vertretern bestimmt haben.

Wenn man sieht, wie die überwältigende Mehrheit des Deutschen Bundestages ob Steuern, Gesundheitsreform, Arbeitslosengeld, Kündigungsschutz oder Tornado-Einsatz in Afghanistan in schöner Regelmäßigkeit gegen den in Meinungsbefragungen festgestellten Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung abstimmt, dann ist das von Rousseau

kritisierte Abgehobensein der Volksvertreter ein dem System der repräsentativen Demokratie innewohnender Fehler.

Gibt es eine Antwort? Wenn Rousseau sagt: »Die Souveränität kann nicht vertreten werden, und zwar aus demselben Grunde, aus dem heraus sie nicht entäußert werden kann«, dann gibt es einen Ausweg: Die direkte Demokratie. Wenn beispielsweise auf dem Wahlzettel zur nächsten Bundestagswahl nicht nur Parteien angekreuzt werden könnten, sondern auch zu entscheiden wäre über die Rente mit 67, die Praxisgebühr oder über die Dauer und die Höhe des Arbeitslosengeldbezuges, dann würden die Abgehobenen ihr blaues Wunder erleben. Man kann es drehen und wenden, wie man will, die repräsentative Demokratie hat schwere Mängel. Die steigende Wahlenthaltung ist die Antwort darauf. Wir müssen mehr direkte Demokratie wagen.